



Autor: Dr. Klaus Bauknecht
klausdieter.bauknecht@ikb.de

Editor: Patrick von der Ehe
patrick.ehe@ikb.de

Fazit: Mit Antritt der Ampelkoalition steigt die Erwartung einer zielorientierten Klimapolitik, die sich an das Pariser Abkommen anlehnt. Da die Politik nun konkrete Schritte einleitet, bewegen wir uns spürbarer zu diesem Ziel hin. Ob das Ziel dadurch jedoch effizienter erreicht wird, bleibt abzuwarten. Denn wir kennen den genauen Weg zu Klimaneutralität noch nicht.

Notwendig ist deshalb weniger die Vorgabe des Weges, erforderlich sind vor allem Marktpreise, die Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht bringen. Wie bei allen Rohstoffpreisen ist deshalb eine globale CO₂-Bepreisung notwendig, die durch den Markt bestimmt wird. Hierfür sind klare Eigentumsrechte an der CO₂-Bilanz eines Landes dringende Voraussetzung. Eigenverantwortung wäre wünschenswert, ein globales Schiedsgericht notwendig.

Die Illusion der Kontrolle

Wir neigen dazu, den Weg zu einem Ziel so genau wie möglich zu definieren und vorzugeben, da wir glauben, das Ziel nur so erreichen zu können. Ist der Weg allerdings unklar, werden wir das Ziel nicht auf dem effektivsten und schnellsten Weg erreichen, da wir keine Referenz, Schilder oder Maßnahmen haben, die uns zum Ziel führen. Während ein geplanter Weg für persönliche Ziele durchaus sinnvoll sein mag, gilt dies nicht für eine Volkswirtschaft. Schließlich ist sie keine steuerbare Einheit, sondern ein komplexes offenes System von individuellen Marktakteuren wie Konsumenten oder Produzenten. Und jede Vorschrift führt in einer freien Gesellschaft zwar oft zu gewünschten Reaktionen, aber eben auch zu unerwünschten.

Nun wurde von der Bundesregierung das Ziel formuliert, bis spätestens 2045 einen Netto-Null-CO₂-Ausstoß in Deutschland zu erreichen – also klimaneutral zu werden. Damit das auch glaubwürdig ist, müsse der Weg dahin definiert werden – so die Einschätzung vieler Politiker. Auch die Ampelkoalition denkt, dass es nun endlich mit der Klimapolitik vorangehen muss. Und sicherlich wird mit all den nun zu erwartenden Vorgaben, Regulierungen, Zwischenzielen und Auflagen viel bewegt werden. Doch auch wenn der Weg zum Klimaschutz durch Regulierungen, Verbote, gut gemeinten Intentionen und vielen Wünschen anschaulicher wird, so sichert dieser Aktionismus nicht unbedingt einen effizienten bzw. schnellen Erfolg. Das Problem: Niemand kennt den exakten und effizientesten Weg zur Klimaneutralität. Technologischer Wandel ist nicht vorhersehbar, ebenso wenig wie sich verändernde Präferenzen der Bevölkerung. Und doch kann das Ziel erreicht werden, wenn die Rahmenbedingungen und Anreizstrukturen in der Wirtschaft konsequent darauf ausgerichtet werden.

Der starre Glaube an einen klar definierten Weg zum Ziel führt oftmals zu Irrwegen, vor allem wenn sich Rahmenbedingungen unerwartet ändern, was in einer offenen Volkswirtschaft und in einem dynamischen Prozess der schöpferischen Zerstörung eher Norm als Ausnahme ist, zumindest nach Schumpeter. Eines ist jedoch unbestritten: Dezentrale und auf Eigennutz ausgerichtete Prozesse sind klar effizienter als eine zentrale Steuerung, die auf gut gemeinten Intentionen und Verboten basiert. Wie schon das Sprichwort sagt: „*The road to hell is paved with good intentions*“, führen staatliche Vorgaben oftmals eher zu ungeeigneten Anreizstrukturen und unbeabsichtigten Konsequenzen als zu effizienten Lösungen. Das Ziel könnte sogar erreicht werden, die resultierenden Opportunitätskosten dürften allerdings enorm hoch ausfallen. Doch diese lassen sich nicht einfach erkennen, was zur Folge hat, dass allein das Erreichen des Ziels als Erfolg gesehen wird. Dem ist allerdings nicht so.

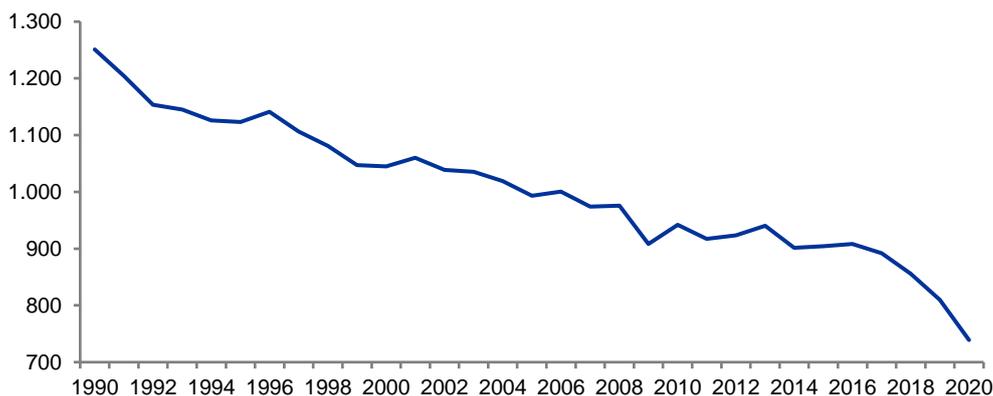
CO₂-Kontingente – ein Rohstoff wie jeder andere?

Es wird immer wieder betont, die Kosten des Klimaschutzes seien hoch. Doch das ist eine falsche Sichtweise. Es geht eher darum, die eigentlichen Kosten des wirtschaftlichen Lebens korrekt darzustellen. Die Kosten waren schon immer da; sie waren aber aufgrund fehlender Eigentumsrechte nicht sichtbar und wurden deshalb ignoriert. Die Folge ist der Klimawandel, der Teile der Kosten des historischen Konsums auf drastische Weise auf die Allgemeinheit abwälzt und sichtbar werden lässt. Veränderung ist notwendig – beim Verbrauch, bei der Produktion und damit den Investitionen. Veränderungen finden jedoch nur dann in einem ausreichenden und effizienten Maße statt, wenn Anreizstrukturen klare Signale senden. In einer freien Gesellschaft findet dies über persönliche Entscheidungen über Kosten und Nutzen statt. Damit sich das Verhalten ändert, müssen sich deshalb relative Preise anpassen. Doch dies muss nicht notwendigerweise mit höheren Steuern und einer vom Staat bestimmten Preisbildung

einhergehen. Vielmehr sind klar definierte Eigentumsrechte und damit ein globaler Markt für CO₂-Emissionen notwendig. Länder, die eine negative CO₂-Bilanz haben, müssen die Kosten tragen, indem sie von Ländern mit einer positiven CO₂-Bilanz – oftmals Schwellenländer mit niedriger Industrialisierung oder z. B. großem Waldbestand – CO₂-Kontingente einkaufen.

So wie die Weltwirtschaft keinen Handelsbilanzüberschuss aufweisen kann, ergeben sich bei einem Ziel von Netto-Null-Emissionen auch keine globalen CO₂-Defizite bzw. -Überschüsse. Sind die CO₂-Kontingente geringer als der Ausstoß, schießen die CO₂-Preise in die Höhe und beschleunigen einen Anpassungsprozess. Entscheidend ist, dass sich die Länder auf globaler Ebene zu ihren Kosten bzw. positiven CO₂-Kontingenten bekennen. Der in Glasgow eingebrachte Vorschlag eines globalen CO₂-Preises wäre demnach ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings darf dieser nicht arbiträr gesetzt werden, sondern muss durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Dies würde auch den Regenwald schützen, da dieser zu einem wichtigen und vor allem messbaren Rohstofflieferant für CO₂-Reduzierung werden würde.

Abb. 1: Treibhausgas-Emissionen in Deutschland, Mio. t CO₂-Äquivalente



Quellen: Eurostat; bmu

Luft und Meere werden verschmutzt, der Amazonas abgeholzt. Warum? Weil niemand Verantwortung übernimmt. Warum? Weil sich niemand angesprochen fühlt. Ein Wirtschaftswachstum, das die relevanten Kosten transparent berücksichtigt, braucht deshalb in erster Linie nicht mehr Staatseinmischung in die Wirtschaft; vielmehr sollte der Staat seine primäre Aufgabe erfüllen: Die Rahmenbedingungen zu definieren, damit Märkte funktionieren. In unserem konkreten Fall heißt dies, Eigentumsrechte zu definieren bzw. zu bewahren und Klimasünder in die Verantwortung zu nehmen. Es braucht nicht mehr Klarheit durch Regulierung, damit der Klimaschutz an Fahrt aufnimmt und der Ernst der Lage erkannt wird. Es braucht vielmehr Klarheit durch Preisanpassungen, und zwar in vielen Sphären unseres Lebens. Soziale Ziele, wie das Abmildern der korrekten bzw. markträumenden Preise ist ein Thema der Sozialpolitik und sollte nicht mit dem Preisbildungsprozess vermischt werden. Im Klartext: Höhere Kosten durch die korrekte Bepreisung aller Rohstoffe wird das reale Einkommen einiger Einkommensebenen belasten. Entweder passt sich der Lebensstandard an oder es sind Subventionen für selektive Einkommensebenen nötig.

Wirtschaftswachstum ist nicht das Problem

Wachstum ist kein Selbstzweck. Ziel ist es, mehr Güter bzw. Güter mit einem höheren Mehrwert oder Nutzen mit weniger Ressourcen oder Arbeitskraft zu produzieren. Nur so ist ein stabiler oder wachsender Pro-Kopf-Konsum einer zunehmenden Weltbevölkerung sicherzustellen. Entscheidend ist, dass alle Kosten in die Rechnung mit aufgenommen werden. Werden Ressourcen verbraucht, die nicht wiedergewonnen oder produziert werden können, ist das tatsächliche Wachstum niedriger, da diese Ressourcen aufgebraucht werden. So ist es nicht richtig, von Ölproduktion zu sprechen. Es ist keine Produktion, sondern eine Abnutzung von Beständen auf der Erde. Doch viele Ressourcen werden nicht verbraucht, sondern nur umgewandelt. Bei den richtigen Marktpreisen ergeben sich hieraus neue Anreize zum Recyclen und effizienteren Produzieren. Niemandem ist geholfen, wenn Rohstoffe wie Eisenerz, Kupfer oder andere Metalle im Boden bleiben. Das Problem ist nicht Wachstum. Das Problem sind falsche Preise für Ressourcen, die zu einer Verschwendung führen und keinen Anreiz zur Substitution bzw. für technologische Innovation und Effizienz schaffen.

Doch Wirtschaftswachstum kommt vor allem durch technologischen Wandel. Wachstum wird durch Innovationen getrieben. Das Bruttosozialprodukt wird zunehmend von Dienstleistungen und damit vor allem von Wissen und menschlichem Kapital bestimmt. Rohstoffe und physisches Kapital spielen dabei eine immer geringere Rolle in der Wertschöpfung. Woher kommt der Wert eines PC, eines Pharmaprodukts oder von Software? Sicherlich nicht von den Rohstoffen. Auch braucht ein deutlich schnellerer Prozessor und damit eine höhere Wertschöpfung in der Herstellung nicht bedeutend mehr Ressourcen. Wer nun argumentiert, dass wir genug Wachstum und Wohlstand hätten, sollte nachdenken: Wann hätten das Wirtschaftswachstum und damit der Drang zu Verbesserungen enden sollen? Vor oder nach der Entwicklung des Ford-Modells T, des Smartphones oder des Internets? Vor oder nach grünem Wasserstoff, Photovoltaik-Anlagen oder Digitalisierung?

Verschwendung oder Umweltverschmutzung können in einer freien Volkswirtschaft, in der Eigentumsrechte klar definiert sind und technologischer Wandel belohnt wird, nicht stattfinden. Wer es nicht glaubt, sollte sich die Ressourcennutzung, Lebensstandards und Umweltschäden in zentral regierten Ländern anschauen.

Disclaimer:

Diese Unterlage und die darin enthaltenen Informationen begründen weder einen Vertrag noch irgendeine Verpflichtung und sind von der IKB Deutsche Industriebank AG ausschließlich für (potenzielle) Kunden mit Sitz und Aufenthaltsort in Deutschland bestimmt, die auf Grund ihres Berufes/Aufgabenstellung mit Finanzinstrumenten vertraut sind und über gewisse Erfahrungen, Kenntnisse und Sachverstand verfügen, um unter Berücksichtigung der Informationen der IKB Deutsche Industriebank AG Entscheidungen über ihre Geldanlage und die Inanspruchnahme von Wertpapier(neben)dienstleistungen zu treffen und die damit verbundenen Risiken unter Berücksichtigung der Hinweise der IKB Deutsche Industriebank AG angemessen beurteilen zu können. Außerhalb Deutschlands ist eine Verbreitung untersagt und kann gesetzlich eingeschränkt oder verboten sein.

Die Inhalte dieser Unterlage stellen weder eine (i) Anlageberatung (ii) noch eine individuelle Anlageempfehlung oder (iii) eine Einladung zur Zeichnung oder (iv) ein Angebot zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten dar. Die Unterlage wurde nicht mit der Absicht erarbeitet, einen rechtlichen, steuerlichen oder bilanziellen Rat zu geben. Es wird darauf hingewiesen, dass die steuerliche Behandlung einer Transaktion von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Kunden abhängt und künftigen Änderungen unterworfen sein kann. Stellungnahmen und Prognosen stellen unverbindliche Werturteile zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage dar. Die Angaben beziehen sich ausschließlich auf den Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage. Eine Änderung der Meinung des Verfassers ist daher jederzeit möglich, ohne dass dies notwendigerweise publiziert wird. Die in der Unterlage zum Ausdruck gebrachten Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der IKB wider. Prognosen zur zukünftigen Entwicklung geben Annahmen wieder, die sich in Zukunft als nicht richtig erweisen können; für Schäden, die durch die Verwendung der Unterlage oder von Teilen davon entstehen, wird nicht gehaftet.

Frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen sind kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Wertentwicklung.

Bei der Unterlage handelt es sich nicht um eine Finanzanalyse i.S.d. Art. 36 der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565 oder Empfehlung i.S.d. Art. 3 Abs. 1 Nr. 35 Verordnung (EU) 596/2014.

Die vorliegende Unterlage ist urheberrechtlich geschützt. Das Bearbeiten oder Umarbeiten der Werbemitteilung ist untersagt. Die Verwendung oder Weitergabe der Unterlage in jeglicher Art und Weise an Dritte (z.B. Geschäftspartner oder Kunden) für gewerbliche Zwecke, auch auszugswise, ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der IKB Deutsche Industriebank AG zulässig.

Ansprechpartner in der IKB Deutsche Industriebank AG

40474 Düsseldorf
Wilhelm-Bötzkens-Straße 1
Telefon +49 211 8221-0

Dr. Klaus Bauknecht
Volkswirtschaft
Telefon +49 211 8221-4118

4. November 2021

Herausgeber: IKB Deutsche Industriebank AG

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Sitz: Düsseldorf

Handelsregister: Amtsgericht Düsseldorf, HR B 1130

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Dr. Karl-Gerhard Eick

Vorsitzender des Vorstands: Dr. Michael H. Wiedmann

Vorstand: Claus Momburg, Dr. Ralph Müller, Dr. Patrick Trutwein